

**... neue Quellen erschließen
Kooperationen eröffnen Perspektiven**

Vorwort	4
kinder-erlebnis-reich Ein Projekt – viele Gewinner	6
Möglichkeiten bundesweiter Förderorganisationen Kooperation ohne Worte	8
Quartiersentwicklung Kooperation mit Wohnungsgesellschaften	10
Die neuen Sozialgesetze Partnerschaft ist gefragt	13
Ohne Wohnung ist alles nichts Kooperationen dienen der Wohnungsbeschaffung	15
Wirtschaft und Diakonie Regionalentwicklung gemeinsam verantworten	18
Diakonie Katastrophenhilfe Kirchliche Netzwerke in Krisenregionen	22
Politik und Diakonie Gespräche sensibilisieren	26
Soziales Engagement aus privater Initiative Förderung regionaler Diakonie	29
Diakonie 2004 in Zahlen	32



Vorwort

Jahresberichte sind naturgemäß in der Vergangenheitsform verfasst, stellen sie in der Regel doch dar, was gewesen ist. Aus dem Vergangenen werden dann auch die Ziele für das Zukünftige abgeleitet. Die Wirtschaftspläne werden, aufbauend auf den Vorjahresergebnissen, „fortgeschrieben“.

Eine solche Basis trägt angesichts der Veränderung im Sozialwesen und im Gesundheitsmarkt der Bundesrepublik nicht mehr. In der Konsequenz müssen die Jahresberichte eine andere Ausrichtung haben. Sie sind dann nicht in erster Linie Dokumentationen des Vergangenen, sondern Wegweisung in das Zukünftige. Denn der Erfolg von gestern ist durchaus keine Garantie für den Bestand der Einrichtung für morgen. Deshalb gehören Inhalte und Arbeitsformen, von denen anzunehmen ist, dass sie Perspektiven eröffnen und nachhaltige Entwicklungen fördern, in einen nach vorn weisenden Bericht.

Das Diakonische Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e. V. legt hiermit den vierten Jahresbericht vor, der diesen Gedanken umsetzt. Unter dem Leitbegriff „Kooperation“ werden wiederum Arbeitsformen präsentiert, mit denen Neuland beschrritten wird. Während wir in den vergangenen Jahren die Kooperationsansätze im Diakonischen Werk e. V. mit den eigenen Gesellschaften dargestellt haben und in den Folgejahren die Kooperation mit landeskirchlichen Einrichtungen und Mitgliedseinrichtungen, stehen in diesem Bericht Kooperationen im Mittelpunkt, bei denen die Partner nicht dem kirchlich-diakonischen Umfeld angehören, wie z. B. der Arbeitgeberverband, Stiftungen und Wohnungsbaugesellschaften.

Kooperation kann viele Bedeutungen und Konkretisierungen finden. Kooperation im Wortsinn ist die lockerste Form, in der sich Systeme aufeinander beziehen. Der Kontakt und die Zusammenarbeit beschränken sich

auf ein bestimmtes Projekt und sind in der Regel zeitlich begrenzt.

Die strategische Allianz ist eine Kooperationsweise mit höherer Verbindlichkeit, weil hierbei Einrichtungen, wenn auch nur in Teilbereichen, gemeinsame inhaltliche und strukturelle Ziele verfolgen. Auch bei dieser Form der Zusammenarbeit behalten die Partner ihre Autonomie.

Die Geschäftsbesorgung ist eine Form der Kooperation, in der ein Partner die Verantwortung für das operative Geschäft dem anderen Partner überträgt. Die Steuerungsfähigkeit in Strategie- und Grundsatzfragen behält allerdings der Auftraggeber.

Die Fusion ist die weitestgehende Form der Kooperation, weil bei dieser Variante die Partner sowohl in strategischer Hinsicht wie auch im operativen Geschäft umfassend gemeinsame Ziele definieren und Handlungsformen entwickeln.

Wie weit im Einzelfall die Kooperation auch ausgeprägt sein mag, zu Grunde liegt allen Formen die Überzeugung, dass Zusammenarbeit bereichert. Wenn die Grenzen zwischen den Systemen durchlässig werden, wird ein Transfer von Ideen und Fertigkeiten möglich. In allen Kooperationsprozessen wird man auf den Nutzen sehen, den die Partner daraus ziehen können. Ein solcher Gewinn muss überzeugend nachgewiesen werden können, bevor die Annäherung in Angriff genommen wird. Vor allem aber muss auch Raum sein, in dem das Vertrauen zueinander wachsen kann.

Das Diakonische Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig sieht in den häufig sehr einfachen und unaufwendigen Formen der Kooperation die Wegbereitung für künftige Strukturen der Auftrags Erfüllung im kirchlich-diakonischen Bereich. Es ist deutlich erkennbar, dass wir uns in einer Übergangs- und Gestaltungsphase in fast allen gesellschaftlichen Bereichen, also auch in der Diakonie, befinden. Die Hauptaufgabe besteht darin, neue Strukturen zu schaffen, in der diakonische Tätigkeit möglich wird.

Zurzeit bestehen die Hilfeformen noch überwiegend segmentiert nebeneinander, z. B. in Gestalt von stationären und ambulanten Einrichtungen. Neben der Einsicht in notwendige Kooperationen beherrscht immer noch das Interesse an Abgrenzung etliche Einrichtungen. Die Absicherung der diakonischen Einrichtungen in ihrer aktuellen Gestalt kann kurzfristig ein sinnvolles Ziel sein; schon auf mittlere Sicht scheint es ratsam, neue übergreifende Organisationsformen in den Blick zu nehmen.

Die Kooperation im öffentlichen Raum und mit der freien Wirtschaft, wie sie in den diesjährigen Berichten beschrieben wird, öffnet und weitet den Blickwinkel.

Kooperationen zielen also nicht allein auf die Optimierung der Abläufe und Prozesse im Bestehenden, sondern auf neue diakonische Inhalte. Die im Entstehen begriffene Allianz für Ausbildung, Fortbildung und Qualifizierung

im Bereich der Alten-, Kranken- und Heilerziehungspflege zeigt das deutlich.

Die Kooperationen mit den in diesem Bericht vorgestellten Partnern zeigen auch die vertiefte Einbettung der Diakonie in die Region und das Braunschweiger Land. Die Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren gibt der Diakonie ein noch deutlicheres Gesicht im Bereich der Landeskirche.

Jahresberichte sind naturgemäß in der Vergangenheitsform verfasst, stellen sie in der Regel doch dar, was gewesen ist... Die Leserinnen und Leser dieses Berichtes bitte ich, besonders auf das Präsens in der Beschreibung viel versprechender diakonischer Projekte zu achten. Das Futur mögen Sie dort für sich einsetzen, wo Sie die hier entfalteten Ideen im Braunschweiger Land Realität werden lassen wollen.



Dr. Lothar Stempin



kinder-erlebnis-reich Ein Projekt – viele Gewinner

In die Stadt gehen zum Einkaufen mit kleinen Kindern. Für viele Eltern ist das ein Albtraum: die Kinder quengeln, die Eltern werden ungeduldig und gereizt. Gleichzeitig bemüht sich der Braunschweiger Einzelhandel, Kunden nicht in die umliegenden Einkaufsstädte oder große Einkaufszentren außerhalb der Städte zu verlieren. Was liegt da näher, als ein erfolgreiches Konzept von großen Einkaufszentren zu übernehmen:



Die Kinder werden fachkundig betreut, während die Eltern unbesorgt einkaufen gehen können.

So erfolgreich dieses Konzept für große Zentren und Einzelhändler ist, so schwierig war dies jedoch in der Vergangenheit für kleinere Einzelhändler umzusetzen. Geeignete Räumlichkeiten sowie das entsprechende Personal vorzuhalten, waren zu aufwändig.

Der Arbeitsausschuss Innenstadt e. V. sowie die Diakonie gGmbH als Beschäftigungs-

betrieb konzipierten gemeinsam das heutige kinder-erlebnis-reich.

Im Oktober 2001 konnten die ersten Kinder begrüßt werden. Kinder im Alter von zwei bis acht Jahren werden von zuvor langzeitarbeitslosen Frauen beim Spielen, Toben, Malen und Basteln betreut. Ein täglich wechselndes Bastelangebot, Bällebad, Legosteine, Brettspiele und vieles mehr erwartet die Kinder. Das Team der Betreuerinnen setzt sich zusammen aus sozialpädagogischen Fachkräften und erfahrenen Müttern und Berufsrückkehrerinnen.

In der Burgpassage in Braunschweig, werden im Projekt inzwischen jährlich über 7.000 Kinder betreut.

Öffnungszeiten auch samstags bis 18.00 Uhr gewährleisten Eltern und Kindern ein entspanntes Einkaufen. Die Räumlichkeiten stellt die Burgpassage zur Verfügung, das Personal wird über die Diakonie gGmbH beschäftigt. Dabei handelt es sich zum einen um geförderte Stellen der Agentur für Arbeit und der Stadt Braunschweig, seit diesem Jahr ferner um Arbeitsgelegenheiten.



Feste Sponsoren sowie die fördernden Einzelhändler und Vereine tragen neben den Beiträgen der Eltern zu den Sachkosten bei.

Margaret Stange-Gläsener, Centermanagerin der Burgpassage, weist darauf hin, dass das Erfolgsrezept im kinder-erlebnis-reich darin besteht, dass niemand darauf angewiesen ist, Geld mit der Kinderbetreuung zu verdienen.



„Weder die Einzelhändler allein, noch die Diakonie gGmbH wären in der Lage, das Angebot über einen längeren Zeitpunkt sicherzustellen. Die Kooperation führt dazu, dass die gesamte Innenstadt durch dieses Angebot aufgewertet wird. 500 bis 600 Stammkunden zeigen, dass das Angebot bekannt ist und regelmäßig angenommen wird. Dies wirkt sich auch auf die Außenwirkung der Stadt Braunschweig aus, denn das kinder-erlebnis-reich wirbt inzwischen viel über Mund-zu-Mund-Propaganda“, so Stange-Gläsener.

Das Projekt sei inzwischen für die Einzelhändler zu einem Instrument der Kundenbindung geworden. Eltern mit kleinen Kindern ist das Angebot nahezu flächendeckend bekannt, ebenso die Möglichkeit, von den beteiligten Geschäften pro Einkauf einen Gutschein für eine Betreuungsstunde zu erhalten. Dies führe laut Margaret Stange-Gläsener inzwischen dazu, dass diese Kunden gezielt die Geschäfte nach diesem Kriterium auswählten. Gerade zum jetzigen Zeitpunkt, da die Umsätze bei vielen Einzelhändlern deutlich zurückgingen, handele es sich beim kinder-erlebnis-reich um ein kostengünstiges aber wirksames Marketing-Instrument.

Anja Kruse
Heide Reininghaus





Möglichkeiten bundesweiter Förderorganisationen Kooperation ohne Worte

Während der Jahresbericht in Interviewform Kooperationen mit natürlichen Personen beleuchtet, sollen in diesem Beitrag auch diejenigen Kooperationspartner zu Wort kommen, die als juristische Personen durch ihre Richtlinien sprechen und einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung diakonischer Arbeit im Braunschweiger Land leisten. Die Rede ist von bundesweit agierenden Förderorganisationen, von denen auch die Diakonie im Braunschweiger Land nicht unwesentlich profitiert.



Foyer im Haus der Diakonie

Vor dem Hintergrund enger werdender finanzieller Spielräume in den Einrichtungen, vor allem aber auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene kommt diesen eine zunehmend wichtigere Rolle im Hinblick auf die gleichzeitig notwendigen Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen sowie der Erprobung innovativer Projekte zu. Umfangreiche neue Vorhaben werden in vielen Fällen nur durch entsprechende Zuschüsse möglich, die in der Regel den größten Einzelposten in den Finanzierungsplänen übernehmen und die Gesamtfinanzierung sicherstellen.

Damit entstehen über die Finanzierung von Projekten oftmals Kooperations-Vielecke, bei denen die Akteure an einem Strang ziehen, um das geplante Vorhaben umzusetzen. Die Grundkooperation beginnt dabei zwischen

dem Mitglied des Diakonischen Werkes und dem Landesverband und weitet sich bei Antragstellung auf die Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes in Stuttgart aus, die als Bindeglied zur jeweiligen Stiftung auf Bundesebene fungiert und in deren Kuratorien vertreten ist. Je nach Finanzierungsplan werden die Ecken des Kooperations-Vielecks durch regional agierende Stiftungen bzw. Kommune und Land ergänzt – nicht zu vergessen – der notwendige Eigenanteil des Antragstellers.



Haus der Diakonie in Braunschweig

In der Praxis sind vor allem drei bundesweit agierende Förderorganisationen relevant, die durch ihre Zuwendungen auch größere Projekte ermöglichen:

- Aktion Mensch e. V.
- Stiftung Deutsches Hilfswerk sowie
- die Lotterie GlücksSpirale.

Insbesondere erstere bietet ein breites Förderspektrum an, das nahezu alle Bereiche der Hilfe für behinderte Menschen umfasst und auch neuere Ansätze sozialer Arbeit durch Modellförderungen erproben will. Über den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe werden beispielsweise gemeinwesenorientierte Projekte und Beratungsstellen mit neuen Ansätzen gefördert.

So konnte eine Beratungsstelle in Seesen mit einer entsprechenden Förderung unterstützt werden. Aber auch die Einrichtung eines Spielplatzes auf dem Gelände einer Mutter-Kind-Kureinrichtung, der auch den

Kindern des angrenzenden Wohngebietes offen steht und diese in Kontakt mit der Einrichtung bringt, fällt unter das Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe.

Besonders flexibel ist die zeitlich befristete Förderung über die Aktion 5000x Zukunft. Mit einem Zuschuss von bis zu 5000 Euro können Projekte gefördert werden, die Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Ausnahmsweise ist eine finanzielle Eigenbeteiligung des Antragstellers keine zwingende Voraussetzung, womit deutlich wird, dass die Brillanz der Idee gegenüber der Finanzierung im Vordergrund steht. Vier Projekte aus dem Bereich des Diakonischen Werkes Braunschweig sind inzwischen bewilligt, womit ein Anstoß dafür gegeben ist, nach einer Probephase Privatpersonen oder regionale Stiftungen für eine Unterstützung zu gewinnen und damit nachhaltig neue Arbeitsinhalte zu etablieren:

Zwei Projekte bieten spezielle Seminar-Wochenenden für Schüler zum Thema Sucht an, das dritte arbeitet generationenübergreifend und bringt alte und junge Menschen über gemeinsames Musizieren in Kontakt – übrigens in Kooperation mit einer diakonischen Einrichtung. Das vierte schließlich wird insbesondere „schwierigen“ Schülern ein Tauch-Erlebnis ermöglichen, wenn diese kontinuierlich auf ein persönliches Ziel hinarbeiten. Über jedes einzelne dieser Projekte sind wiederum Kooperations-Vielecke, katalysiert durch die Förderaktion, entstanden.

Allen drei oben genannten Organisationen ist gemeinsam, dass sie im wörtlichen Sinne durch ihre Unterstützung das bauliche Gesicht



Fachklinik Erlengrund

der diakonischen Einrichtungen prägen, und zwar außen und innen.

U. a. der Umbau des Hauses der Diakonie in Braunschweig, der Fachklinik Erlengrund des Lukas-Werkes, die Häuser des betreuten Wohnens der Grotjahn-Stiftung, der Umbau des Hauses „Wartburg“ in Lehre und der Alerds-Stiftung in Braunschweig wurden mit Fördermitteln aus unterschiedlichen Quellen unterstützt. Zum Teil wurde dabei auch Inventar bezuschusst. Dadurch wurde es ermöglicht, den veränderten Arbeitsinhalten und -konzepten einen adäquaten Rahmen zu bieten oder anders gesagt: die baulichen Bedingungen den modernen inhaltlichen Konzepten und auch rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen.



Zusammengefasst wird durch die geschilderten „Kooperationen ohne Worte“ mit Förderorganisationen auf Bundesebene ein wesentlicher Beitrag zur Weiterentwicklung der Diakonie im Braunschweiger Land geleistet und die Verwirklichung von innovativen Ideen vorangetrieben, die ohne Fördermöglichkeiten möglicherweise in der Schublade verstauben würden. Damit sind die bundesweit agierenden Förderorganisationen ein wesentlicher Baustein von Kooperations-Vielecken zur Verwirklichung diakonischer Projekte.

Lars Pallinger



Quartiersentwicklung Kooperation mit Wohnungsgesellschaften



Diese Form von Hilfen trägt dazu bei, dass im Stadtteil über Quartiersentwicklungen (Bevölkerung fühlt sich für den Stadtteil verantwortlich und setzt sich für Angebote und Veränderungen ein) nachgedacht wird.

Die Kreisstelle Salzgitter des Diakonischen Werkes hat mit vier Wohnungsgesellschaften eine Kooperationsvereinbarung geschlossen:

- Mediation bei Mieterkonflikten in Kooperation mit der Wohnbau Salzgitter
- Beratungs- und Begegnungszentrum Diakonie-Treff Fredenberg in Kooperation mit der Hausverwaltung Michael Munte
- Stadtteiltreff Seeviertel in Kooperation mit Munte Immobilien GmbH & Co.KG
- Stadtteiltreff NOW (Netz-Ost-West/Salzgitter-Bad) mit mehreren Kooperationspartnern: Diakonisches Werk, Caritas, Evangelische, Katholische und Freikirchliche Gemeinde, Propstei Salzgitter-Bad, Lukas-Werk und die Ev. und Kath. Familienbildungsstätten und die Wohnungsgesellschaft Krüger-Immobilien.

Die Angebote in den Stadtteiltreffs sind eine Kombination aus individuellen sozialen Hilfen (Beratungen an die Bedürfnisse der Stadtteilbevölkerung angepasst unter Berücksichtigung ihrer Ressourcen) und gemeinwesenorientierten Hilfen (gruppenspezifische Angebote, die Ursachen zu beheben versuchen und der Aktivierung von in Gruppen gebündelten Kräften dient).



In den Stadtteiltreffs werden die vorherrschenden sozialen Probleme im Stadtteil aufgegriffen, wie z. B. Armut, Arbeitslosigkeit, Verschuldungen, Vereinsamung, Integrationsprobleme für Ausländer und Spätaussiedler und dazu Einzelfallhilfe und unterschiedliche Gruppenangebote angeboten.

Die Menschen aus dem Stadtteil kommen mit Problemen zu uns, wie z. B.

- ich kann meine Miete nicht mehr bezahlen...
- ich habe Streitigkeiten mit den Nachbarn ...
- ich will die Wohnung wechseln...
- ich habe ein Dokument vom Sozialamt, Arbeitsamt erhalten, das ich nicht verstehe...
- ich suche einen Gesprächs- oder Spielkreis, Sprachkurse, Computerkurse ...



Die Menschen und Einrichtungen aus dem Stadtteil kommen auch mit Angeboten zu uns:

- ich möchte im Stadtteiltreff mitarbeiten, z. B. ich biete Hilfe beim Ausfüllen von Formularen, ich kann musizieren, ich kann zeichnen, ich kann Mathe- oder Physiknachhilfe anbieten, ich biete meine freiwillige Mitarbeit an, weil ich zu Hause alleine bin und eine sinnvolle Aufgabe brauche, ich möchte mich in sinnvollen Aufgaben engagieren
- wir möchten Sprachkurse für den Stadtteil anbieten (Anfrage von der EEB und Volkshochschule)
- wir möchten Integrationskurse für Spätaussiedler im Stadtteil anbieten (Anfrage der Integrationsbeauftragten).

Folgende Gruppenangebote bestehen in den Stadtteiltreffs:

Frauen- und Männergruppen, Kinderspielgruppen, Bastelgruppen, Sprachkurse, Computerkurse, Kochgruppen bis hin zum Catering-Service, Nähgruppen, Werkstattangebote, Zeichenkurse, Chor, Seniorenkaffeetrinken, Hausaufgabenhilfe, Mittagstisch für Kinder, Sportangebote, Mediation, Sozialberatung, Schwangerenberatung, Suchtberatung, Migrationsberatung und noch vieles mehr.

Folgende Kooperationspartner unterstützen die Stadtteiltreffs: Kinderschutzbund, Kirchen, Sportvereine, Schulen, Kindergärten, Soziale

Stadt, Stadt Salzgitter, Arbeitsagentur und Sozialamt, Ev. Erwachsenenbildung, Ev. Familienbildungsstätte, Diakonie gGmbH, Caritas, Parität, DRK, AWO, Lukas-Werk, Elisabethstift, Christliches Jugenddorf Hallendorfer Werkstätten, Altenhilfeeinrichtungen, Sozialstationen, Nachbarschaftshilfe, Politiker und viele mehr.



Welche Vorteile haben die Wohnungsgesellschaften von einer Kooperation mit dem Diakonischen Werk?

- Sie nutzen die gesamten Kooperationspartner und die Fachkompetenz aller Mitarbeitenden des Diakonischen Werkes, dabei steht die Interessenvertretung der Bevölkerung im Stadtteil im Vordergrund.
- Die Bevölkerung hat mehr Vertrauen zu einer diakonischen Einrichtung.



- Höhere Mieterzufriedenheit wird durch die Beratung im Stadtteil erreicht, weil diese leichter erreichbar ist und sich an den Bedürfnissen der Stadtteilbewohner orientiert.
- Die höhere Mieterzufriedenheit sorgt dafür, dass die Leerstände in den Wohnungsgesellschaften geringer sind.
- Die Beratungsstelle ermöglicht eine frühe Regelung von finanziellen Schwierigkeiten, damit werden Mietschulden verhindert bzw. Mietschulden wieder reguliert.
- Öffnungszeiten des Stadtteiltreffs sind an der Bevölkerung orientiert (z. B. 10 bis 18 Uhr).
- Aufbau von Arbeitsangeboten in Form von freiwilliger Mitarbeit oder Beschäftigung über das Sozialamt oder die Arbeitsagentur.

Das Diakonische Werk kann damit soziale Arbeit vor Ort leisten und wird von den Kooperationspartnern unterstützt.

Durch die Zusammenarbeit im Netzwerk und die Kooperationen mit vielen Einrichtungen werden Möglichkeiten in den Projekten geschaffen, an die keiner alleine gedacht hat. Damit haben wir die „Win-Win-Situation“ für die Bevölkerung vor Ort, für die Wohnungsgesellschaft, für die Kooperationspartner und für das Diakonische Werk.

Petra Behrens-Schröter

Die Fotos entstanden während der Eröffnung des Stadtteiltreffs in Anwesenheit der Kooperationspartner und vieler Gäste.

Die neuen Sozialgesetze „Partnerschaft ist gefragt“

Zum 01.01.05 sind die neuen Sozialgesetzbücher SGB II und SGB XII in ihren wesentlichen Teilen in Kraft getreten.

Da es sich hierbei um die grundlegendste Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland seit Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes im Jahr 1961 handelt, stellte sich bereits frühzeitig im Jahr 2004 die Frage, wie das Diakonische Werk Braunschweig mit den Partnern vor Ort aus Wirtschaft und Verwaltung die Umsetzung gestalten könnte.

Ein Schwerpunkt der Umsetzung des SGB II lag hierbei in der Problematik, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang sich die Diakonie an der Schaffung der sogenannten Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung beteiligen sollte.

Für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Werden Gelegenheiten für im öffentlichen Interesse liegende, zusätzliche Arbeiten nicht nach Absatz 1 als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert, ist den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zuzüglich zum Arbeitslosengeld II eine angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen zu zahlen; diese Arbeiten begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts; die Vorschriften über den Arbeitsschutz und das Bundesurlaubsgesetz sind entsprechend anzuwenden; für Schäden bei der Ausübung ihrer Tätigkeit haften erwerbsfähige Hilfebedürftige nur wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
(§16 Abs. 3 SGB II)

Für Hilfebedürftige im Sinne des SGB II, die keine Arbeit finden können, sollten im öffentlichen Interesse liegende und zusätzliche Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Zuzüglich zum Arbeitslosengeld II erhalten Personen, die solche Arbeitsgelegenheiten wahrnehmen, eine Mehraufwandsentschädigung von – regional unterschiedlich – 1,00 bis 1,50 € pro Stunde.

Das Ergebnis einer breiten Diskussion mit der Ev.-luth. Landeskirche und den Mitgliedern des Diakonischen Werkes, in der die Auswirkungen der Beschäftigung gegen Mehraufwand für die Gesellschaft, die betroffenen Erwerbslosen, aber auch für die Einrichtungen der Diakonie und der Landeskirche sowie für die Mitarbeitenden in den Blick genommen wurden, ist in einem gemeinsamen Papier der evangelisch-lutherischen Landeskirche und des Diakonischen Werkes Braunschweig unter dem Titel „Positionsbestimmung und Leitlinien zu den gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Absatz 3 SGB II“ veröffentlicht.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass bundesweit mehr als 500.000 solcher Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden sollten, war es das Anliegen, sensibel mit diesem Thema umzugehen und negative Auswirkungen auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermeiden.

Für die Positionsbestimmung und die Leitlinien wurde gerade im Hinblick auf diese Auswirkungen das Gespräch mit der Agentur für Arbeit und der Industrie sowie dem Handwerk gesucht.

In diesen Gesprächen war es das Ziel, die Arbeitsgelegenheiten möglichst positiv für alle Beteiligten zu gestalten.

Der Positionsbestimmung wurde seitens des lokalen Arbeitgeberverbandes, der Gewerkschaft, der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer, zum Teil mit unterschiedlicher Gewichtung oder unter Hervorhebung einzelner Punkte, inhaltlich zugestimmt.



Die neue Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik kann zu erheblichen negativen Auswirkungen für den Arbeitsmarkt, für die Arbeitsuchenden und für die Rolle von kirchlichen und diakonischen Einrichtungen in der Gesellschaft führen. Deshalb beantworten das Diakonische Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig und die Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig die Frage der Arbeitsverwaltungen und Kommunen, ob es Arbeitsgelegenheiten im Rahmen der Umsetzung des SGB II zur Verfügung stellt, mit dem Hinweis auf spezifische Kriterien, deren Erfüllung sie für notwendig halten, wenn diakonische und kirchliche Einrichtungen und Werke Menschen aufnehmen und ihnen Arbeit bieten.

Die Anwendung dieser Kriterien ist Voraussetzung für eine positive Wirkung von Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II.

*Auszug aus:
Positionsbestimmung und Leitlinien zu den
gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeits-
gelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II.*

*Der vollständige Text kann unter
[www. diakonie-braunschweig.de](http://www.diakonie-braunschweig.de)
aufgerufen werden.*

- Die Arbeitsgelegenheiten dürfen kein Ersatz für reguläre Arbeitsplätze sein.
- Sie müssen personengerecht ausgestaltet sein, d. h. die angebotene Tätigkeit muss geeignet sein für denjenigen, der die Tätigkeit wahrnimmt.
- Einrichtungen, die Arbeitsgelegenheiten anbieten, müssen die Beschäftigten ausreichend begleiten und beraten, um eventuelle Vermittlungshemmnisse zu reduzieren oder zu beseitigen.
- Eine ausreichende Betreuung und gegebenenfalls Qualifizierung soll integraler Bestandteil der Arbeitsgelegenheit sein.
- Freiwilligkeit bei Anbietern und Teilnehmenden sollte unerlässliches Kriterium für die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten in Diakonie und Kirche sein.

Das Diakonische Werk ist der Ansicht, dass auch die weitere Umsetzung der neuen Sozialgesetze SGB II und SGB XII nur in, unter Umständen auch kritischer, Partnerschaft mit den lokalen Partnern aus Wirtschaft und Verwaltung zu bewältigen ist.

Gregor Kochhan

Ausdrückliche Unterstützung seitens der Gesprächspartner aus der Wirtschaft fanden die Leitlinien, in denen die Kriterien, deren Erfüllung für notwendig erachtet werden, festgeschrieben sind.

Die nachstehend dargelegten Kriterien sind unabdingbare Voraussetzung für eine positive Wirkung der Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung im Sinne des SGB II:

**„... ohne Wohnung ist alles nichts!“
Kooperationen dienen der
Wohnungsbeschaffung**

Eine eigene, abgeschlossene Wohnung gehört zu den „normalen“ Bedingungen, damit die Bemühungen einer sozialen Eingliederung von Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht sind, Erfolg haben.

In der Praxis der Wohnungsversorgung gibt es immer wieder strukturelle und kommunikative Probleme zwischen den betroffenen Akteuren (Kommunen, Freie Träger und Wohnungswirtschaft). Es wird zwar viel miteinander geredet, aber es reden nicht alle zusammen über Lösungen. So kommt es vor, dass Menschen keine Wohnung bekommen und somit die Voraussetzungen für alle weiteren Hilfen fehlen und es zu Hilfeabbrüchen kommen kann.

Ohne Zugangschancen und Sicherung von bezahlbaren Mietwohnungen bleiben Menschen in Nothilfesystemen stecken.

Die Versorgung mit normalem Wohnraum setzt immer ein gutes, zielgerichtetes und koordiniertes Arbeiten der sozialen Dienste voraus. Die Kooperation mit der Wohnungswirtschaft, den Kommunen und den Freien Trägern entspricht dem ganzheitlichen Hilfeansatz der Diakonie in der Region Braunschweig.

In der wohnungswirtschaftlichen Praxis wird im Zuge einer sich entspannenden Wohnungsmarktlage immer deutlicher, dass für die Wohnzufriedenheit der Mieter nicht mehr nur die Faktoren wie Größe und Zustand der Wohnung entscheidend sind, sondern zunehmend auch weiche Faktoren wie Nachbarschaft, Betreuung und Image, d. h. also atmosphärische Aspekte. Es gibt seit 2002 ein Gesetz über die soziale Wohnraumförderung. In diesem Gesetz ist in den §§ 14 ff der Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen den lokalen Agenten der Wohnraumversorgung vorgesehen, um auch Haushalte versorgen zu können, die sich am Markt nicht angemessen



Fachtagung „... ohne Wohnung ist alles nichts!“ im Oktober 2004



mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Wie dieses in der Praxis funktionieren kann, muss mit den Vertretern der Wohnungswirtschaft besprochen werden.

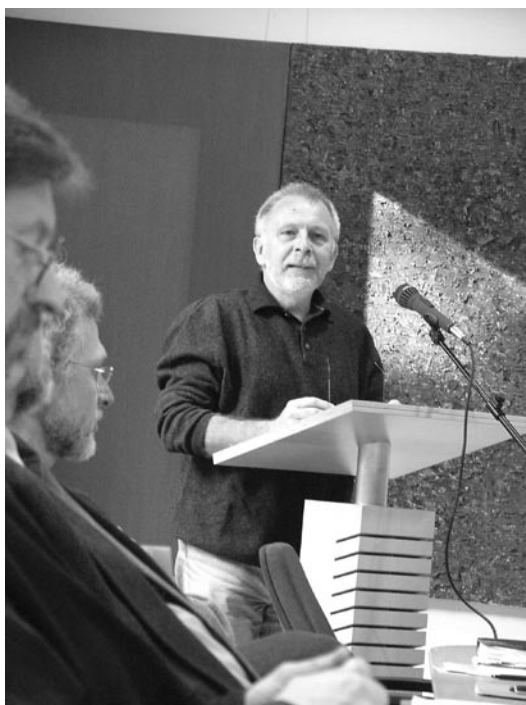
Unter dem Motto „ohne Wohnung ist alles nichts“ oder „wie Kooperationen der Wohnungsbeschaffung und der Wohnungssicherung dienen“ veranstaltete die Zentrale Beratungsstelle für Wohnungslose im Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche Braunschweig am 11. Oktober 2004 einen Fachtag.

Die Überschuldung der Klientel ist nach Aussage des Leiters der Stiftung Wohnen und Beraten, Heinrich Schubert, eine zunehmende Ursache für kritische Lebenslagen und Wohnungslosigkeit. Es ist zu befürchten, dass jedenfalls ein Teil der Bezieher von Leistungen gemäß Sozialgesetzbuch II (SGB II) in dem im § 31 geregelten Sanktionskatalog (drastische Kürzungen bei den Geldleistungen bei Versäumnissen) eine Verschärfung der Lebenslage erfährt.

Kooperationen gibt es in Braunschweig seit 1986

In Braunschweig gibt es seit 1986 einen Kooperationsvertrag der Nibelungen-Wohnbau-GmbH (NIWO) mit der Stadt, der 2002 überarbeitet wurde. Aktuell stellt die NIWO 30 Wohneinheiten zur Verfügung, davon 10 Einheiten für Personen mit besonderen Wohnproblemen. Es gibt regelmäßige monatliche Treffen mit den Vertretern der Stadt und den Beratungseinrichtungen. Weitere Wohneinheiten sind ab 1998 der Stiftung Wohnen und Beraten zur Verfügung gestellt worden. In den inzwischen 16 Wohneinheiten ist die Stiftung Hauptmieter und vermietet diese Wohnungen an ihre Klientel weiter. Voraussetzung ist dafür die Zusage der sozialen Betreuung der Stiftung für diese Mieter.

Norbert Müller, Geschäftsführer der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft GmbH und Referent des Fachtages, berichtete, dass es in Bielefeld seit 1984 Erfahrungen mit Belegungsvereinbarungen für Sozialwohnungen gibt.



Heinrich Schubert, Stiftung Wohnen und Beraten



Dr. Lothar Stempin

Zum Stichmonat August 2004 werden in 16 befragten Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in der Region Braunschweig 377 Personen unterstützt, die insgesamt in 336 Wohnungen mit (Unter-)Mietvertrag und in 19 Wohnsituationen mit Nutzungsvertrag leben. In den 336 Wohnungen leben 124 Personen in Wohnungen von Wohnungsgesellschaften und 223 Personen in Wohnungen von privaten Vermietern.



Fachtagung im Oktober 2004

Im Rahmen der vorbeugenden Obdachlosenhilfe sind kommunale Unterkünfte abgebaut und in den normalen Wohnungsbestand integriert worden, um somit soziale Brennpunkte zu vermeiden.

Es gibt vier wesentliche Erkenntnisse für die Kooperationen zwischen der Wohnungs-

wirtschaft, den Kommunen und den sozialen Beratungseinrichtungen:

- Kooperationen müssen in Arbeitsgemeinschaften oder anderen Verbänden umgesetzt werden. Alle Akteure am Wohnungsmarkt müssen in geregelten Gesprächen miteinander die Probleme besprechen.
- Dazu ist es wichtig, dass alle Parteien ehrlich, vertrauensvoll und verlässlich miteinander umgehen und die gegenseitigen Interessen akzeptieren.
- Die Kooperation bedarf eines Motors, der diese Vereinbarungen anstößt und am Leben erhält. Es ist sinnvoll, wenn dies die Kommune ist, aber es kann jeder Motor sein, der etwas erreichen will.
- Vereinbarungen müssen gelebt werden, Fehler sind Ansporn für neue Lösungen.

Alfred Loschen



Alfred Loschen



Wirtschaft und Diakonie für die Region Regionalentwicklung gemeinsam verantworten

**Kirche und Diakonie auf der einen Seite,
Wirtschaftsunternehmen auf der anderen.
So ganz einig sind sich beide Seiten nicht
unbedingt immer. Was können sie sich
Ihrer Meinung nach gegenseitig geben?**

Manfred Casper
(Hauptgeschäftsführer Arbeitgeberverband
Region Braunschweig e.V.):

Die Diakonie ist von ihrem Grundansatz primär im sozialen Bereich engagiert und auf soziales Engagement hin ausgerichtet, während die übrige Privatwirtschaft weitgehend andere Ziele, Unternehmensphilosophien, Ideologien und Interessen hat, nämlich Gewinnmaximierung und Wachstum zu generieren.

Damit bin ich jetzt bei den Gemeinsamkeiten: Die Diakonie ist dennoch auch ein Unternehmen, d. h. sie muss auch wirtschaften. Die strategische Neuausrichtung der Diakonie stärker hin zu einem „wirtschaftsorientierten Dienstleister“ ist Beleg dafür. An der Stelle denke ich, dass die übrige Wirtschaft der Diakonie Wissen geben kann, in der Vernetzung auch Hilfestellung, die eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten besser in den Griff zu bekommen. Schwierigkeiten, die im übrigen jedes Unternehmen heute hat. Hier muss der Ansatz liegen, auch zukünftig stärker gemeinsam zu agieren.

Nicht zuletzt aus dem Grund sind wir ja auch, der Arbeitgeberverband Region Braunschweig, und die Diakonie, in den letzten Jahren stärker zueinander gerückt über Mitgliedschaft, aber auch über Gespräche, über die Suche nach Ansätzen, gemeinsam in einer Region aufzutreten, sich zu engagieren und gemeinsame Ziele zu definieren.

Wir haben es immerhin im Rahmen des Projektes „Region Braunschweig“ geschafft, sehr unterschiedliche Interessen in dieser Region zusammenzuführen: kommunalpolitische Interessen, innerhalb der Wirtschaft,

Interessen von Großindustrie und Mittelstand. Ich denke da an Volkswagen, ich denke an unsere mittelständischen AGV-Mitglieder, die hier sehr eng verzahnt inzwischen miteinander marschieren und ich denke, jetzt ist der Zeitpunkt, wo auch die übrigen gesellschaftlichen Kräfte, also auch die Kirchen, die Diakonie u. ä. Einrichtungen, caritative Einrichtungen im weitesten Sinne, miteinander an den Tisch gehen und gucken sollen, was man gemeinsam machen kann.

Was wäre ohne Diakonie nicht möglich?

Manfred Casper:

Ich glaube, ohne Diakonie wäre die ethische Diskussion in der Wirtschaft nicht so konsequent zu führen, wie sie zukünftig konsequent geführt werden muss. Ohne Diakonie wären natürlich im sozialen Bereich innerhalb der Gesellschaft riesige Lücken. Die Dimension würde fehlen.

Herr Dr. Stempin, was würde Ihnen fehlen, wenn es keine Gespräche mit dem Arbeit- geberverband gäbe?

Dr. Lothar Stempin:

Die Diakonie wäre aus meiner Sicht sehr reduziert auf die klassischen Helfefelder, die wir kennen: Armutsbekämpfung, Sozialberatung usw. Durch diese Kontakte geschieht für mich eine Öffnung in andere gesellschaftliche Bereiche hinein, die zukünftig enorm an Bedeutung gewinnen werden. Es wird zukünftig nicht mehr möglich sein, einen abgegrenzten gesellschaftlichen Bereich zu haben, in dem letztlich nur für die ausgegrenzten und benachteiligten Menschen isoliert gehandelt werden kann. Die gesellschaftlichen Bereiche öffnen sich zueinander, und darum finde ich es auch so wunderbar, dass die Gespräche mit Herrn Casper und dem Arbeitgeberverband



v. li.: Dr. Lothar Stempin, Manfred Casper

und auch Gewerkschaften in Gang gekommen sind.

Wir erkennen eine gemeinsame Aufgabe, die über Diakonie als „Reparaturbereich der Gesellschaft“ hinausgeht.

Wohlfahrtspflege und Wirtschaft rücken ein wenig näher zusammen. Einrichtungen der Wohlfahrtspflege bieten Dienstleistungen an, die ebenso auch von Wirtschaftsunternehmen angeboten werden könnten, beispielsweise im handwerklichen Bereich. Sehen Sie in der Wohlfahrtspflege eine Gefahr oder kann es vielleicht auch eine Chance sein?

Manfred Casper:

Es ist beides. Eine Gefahr muss man sehen, wenn man realistisch urteilt oder das realistisch betrachtet, genau an der Stelle, wie Sie gesagt haben, dass natürlich über ein Dumping möglicherweise Wettbewerb verzerrt wird. Aber wenn man um die Gefahren weiß kann, man damit auch umgehen und gegensteuern.

Größer allerdings sehe ich die Chancen als die Gefahren: Die Chancen insofern, als es uns damit gelingt – und das haben wir ja auch mit dem Bündnis für Arbeit vor vier, fünf Jahren schon mal überlegt - besonders Benachteiligte, die aus eigener Kraft in den ersten Arbeitsmarkt schlicht nicht mehr reinkommen, damit aufzufangen und damit eine

Brücke zu bauen, eine Hilfestellung zu geben, wieder aktiver am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sprich, sinnvoller Arbeit nachgehen zu können. Natürlich am Ende immer mit dem langfristigen Ziel, auch möglichst in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Aber ich denke, wir haben gar keine Alternative, als immer stärker in dieser Richtung zumindest zu versuchen, Alternativen auch zu den bisherigen Arbeitsmarktmechanismen zu entwickeln, wenn wir diese Menschen nicht schlichtweg verlieren wollen. Das wäre die Alternative, die aber für mich keine ist, vielmehr die negativste Konsequenz. Ich denke, wir haben alle eine gemeinsame gesellschaftliche Verpflichtung, und da sind natürlich die diakonischen Einrichtungen an erster Stelle vorne auch mit ihrer Sozialkompetenz, in meinem erweiterten Sinne, auch an dieser Front erfolgreich zu sein.

Landeskirche und Diakonisches Werk haben im Herbst vergangenen Jahres ein Positionspapier zu Arbeitsgelegenheiten erarbeitet. Wäre es für Sie grundsätzlich vorstellbar, sich an einem derartigen Prozess zu beteiligen?

Manfred Casper:

Grundsätzlich ist das vorstellbar. So, wie wir uns grundsätzlich keinem Gesprächspartner verschließen und keiner neuen Idee. Man muss aber im Einzelfall prüfen, was unser Part sein könnte, vor allem, inwiefern wir effektiv helfen können. Ideell allemal dort, wo wir sozusagen als Multiplikator und Kommunikator genau in der Richtung helfen können, wie wir es eben ja schon angesprochen haben. Vor allem an den Stellen, wo es natürlich um zwangsläufige Querverbindungen auch zur Wirtschaft im engsten Sinne, zum ersten Arbeitsmarkt usw. geht, und dort sind wir nach wie vor gern Gesprächspartner.



Gibt es Themen, gibt es Strukturen, wie eine künftige Zusammenarbeit aussehen könnte, was würden Sie sich wünschen?

Dr. Lothar Stempin:

Ich beginne mit dem, was schon vorhanden ist: Ich finde es ausgesprochen hilfreich, dass der Arbeitgeberverband auch in diakonischen Unternehmen im Bereich von Organisationsentwicklung und Personalentwicklung mitwirkt. Außerdem gibt es auch Mitgliedschaften von diakonischen Unternehmen im Arbeitgeberverband. Das ist ein Bereich, der gefördert und entwickelt werden kann. Die Vision geht weiter in Richtung der Aussage, die Herr Casper eben getroffen hat, dass wir tatsächlich vor der Aufgabe stehen, ein neues Verhältnis von Beschäftigungspolitik und Arbeitsmarktpolitik finden zu müssen. Wir sehen ja im Moment die Schwierigkeiten, die sich im Rahmen der Umsetzung des SGB II zeigen, dass wir tatsächlich von unseren diakonischen Aktivitäten her Menschen einen Weg eröffnen können, über Förderungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den ersten Arbeitsmarkt hinein.



Manfred Casper
Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes

Aber dazu brauchen wir Kooperationspartner im Bereich der Wirtschaft. Wir machen gute Erfahrungen im Bereich des Handwerks, in dem es dann gerade nicht zu Konkurrenzen und Dumpinglöhnen kommt, sondern wo man auch bei kleineren Projekten Hand in Hand arbeiten kann. Mir liegt insgesamt daran, dass wir die starke wirtschaftliche Orientierung, die wir ja auch in der Diakonie erleben, so miteinander gestalten, dass der Gemeinwohlaspekt deutlich wird. Letztlich haben wir doch einen Auftrag, eine Verpflichtung: für das Gemeinwohl einzutreten, bei allen unterschiedlichen Interessen im Einzelnen.

Manfred Casper:

Ich kann mich dem nur nahtlos anschließen. Ich komme noch mal auf das Projekt „Region Braunschweig“ zurück. Mir schwebt vor, dass, nachdem sich die Wirtschaft im engeren Sinne mit der Politik, also den Kommunen der Region, gefunden hat und auch entsprechend Arbeitsplätze generiert hat, dass dann in einem weiteren Schritt auch weitere gesellschaftliche Kräfte hinzukommen. In welcher Form, das kann ich jetzt nicht im Detail definieren, beispielsweise die Hochschulen, vielleicht weitere Konzernunternehmen, aber z. B. eben auch diakonische Einrichtungen, Bildungsträger sowieso, um auch in diesem ganzen großen Komplex des Arbeitsmarktes gemeinsam zu marschieren. Hier glaube ich schon, ist noch wesentlich mehr machbar. Wir haben jetzt auch unter Ihrer Regie begonnen, das Genossenschaftsmodell zu diskutieren. Was dabei herauskommt, muss man sehen. Aber es ist ein Ansatz, sich zumindest zusammen zu setzen und zu schauen, wo man gemeinsam etwas weiterentwickeln kann. Vielleicht werden uns neue Dinge einfallen, und da wäre es mir doch schon wichtig, die Vision im Auge zu behalten, stärker gemeinsam auch unter diesem Dach des Projektes „Region Braunschweig“ zu marschieren und unabhängig davon auch in neuen Kreisen und Zirkeln, die wir stärker auch in der Wirtschaft brauchen. Jetzt blicke ich auch wieder so ein bisschen auf Diakonie als von der Kirche getragene Institution, um auch ethische Fragen stärker in die Wirtschaft

zu bringen. Wir müssen vermeiden, dass in diesem härter werdenden arbeitsmarktpolitischen Wettkampf einerseits die Verlierer völlig unten durchsacken und auf der anderen Seite wir eine „hire-and-fire“-Kultur bekommen, bei der es nur ums Geld geht. Dabei aber vergessen wird, dass das Menschen verdienen müssen, um die wir uns alle bemühen. Dafür benötigen sie entsprechende Rahmenbedingungen, und das hat immer auch etwas mit Führung zu tun. Und gerade seit wir im AGV auch das Thema „Personalentwicklung“ behandeln, sind wir uns bewusster geworden, dass diese Problematik der Firmenphilosophie, der Führung in den Unternehmen wichtig ist.

Ich denke, wir müssen uns bewusster machen, dass dies die eigentlich harten Faktoren sind. An den Mitarbeitenden hängen die Zahlen, die am Ende rot oder schwarz sind.



Dr. Lothar Stempin:

Ich würde gern noch einmal daran anknüpfen, weil sich hier offenbar eine große Affinität zeigt: Ich bin sehr beeindruckt, dass die hiesige Wirtschaft in der Region dieses Projekt „Region Braunschweig“ auf den Weg gebracht hat. Ich sehe darin letztlich eine Aufgabe und Aufforderung an die diakonischen Einrichtungen in der Region, auch stärker regional zu denken und nicht nur einrichtungsbezogen. Von daher finde ich die Anregung von Herrn Casper ausgesprochen hilfreich, dass sich die Diakonie in diesen Prozess mit hinein begibt. Im Blick auf unseren christlichen Hintergrund wäre das unser Beitrag, den wir

leisten könnten, auch tatsächlich die Region als einen Lebensraum und nicht nur als einen Wirtschaftsraum zu verstehen, in der sich eine Kultur des Miteinanders, der Warmherzigkeit und der Unterstützung entwickeln kann.

Manfred Casper:

Wenn wir davon sprechen, stärker gemeinsam aufzutreten, dann schließt das für mich allerdings auch ein, dass man im Kern seine ursprünglichen, originären Interessen natürlich auch nicht vernachlässigen darf. Vielleicht müssen Diakonie und Kirche insgesamt sich stärker wieder auf diese Wurzeln besinnen in Kombination mit der notwendigen wirtschaftlichen Ausrichtung. Ich will nicht diese Friede-Freude-Eierkuchen-Mentalität predigen: Wir streicheln uns alle, und es wird schon gut. Das reicht nicht, wir haben unseren Auftrag, wir haben unsere Aufgaben. Dazu stehen wir. Das schließt aber nicht aus, dass man in der Formulierung derer gemeinsame Schnittmengen definieren kann, sogar mit den Gewerkschaften. Das ist uns in den letzten Jahren gut gelungen, gerade mit den Sozialpartnern, den Gewerkschaften. Warum soll uns das nicht auch gelingen?

Das Interview mit dem Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Manfred Casper und dem Direktor des Diakonischen Werkes Dr. Lothar Stempin führte Heide Reininghaus.



Diakonie Katastrophenhilfe Kirchliche Netzwerke in Krisenregionen

Ein verheerendes Erdbeben und gewaltige Flutwellen rissen am frühen Morgen des 26. Dezember in Südostasien Zehntausende Menschen in den Tod. Hunderttausende wurden obdachlos. Das weltweit schwerste Erdbeben seit mehr als 40 Jahren löste Flutwellen aus, die in den Küstenregionen Indiens, Thailands, Sri Lankas, Indonesiens und im weit entfernten Somalia verheerende Schäden anrichteten. Am stärksten getroffen wurden die indischen Bundesstaaten Tamil Nadu, Andhra Pradesh und Madras sowie Sri Lanka. Die Naturkatastrophe hat unermessliches Leid über die Menschen gebracht: viele von ihnen verloren Freunde und Familienangehörige, ganze Dörfer wurden von den Fluten weggerissen.

Durch die langjährigen Beziehungen zu den im Katastrophengebiet arbeitenden Partnerkirchen war die Diakonie Katastrophenhilfe in der Lage, sofort zu helfen. So verteilten die Mitarbeiter von CASA, dem Diakonischen Werk der Indischen Kirchen, schon einen Tag nach der Katastrophe Lebensmittel, Trinkwasser, Kanister, Decken und Medizin. Wenn diese Kontakte nicht bestanden hätten, wäre die schnelle Soforthilfe weitaus schwieriger zu leisten gewesen.

Soforthilfe

In den ersten Wochen und Monaten war eine intensive Soforthilfe dringend erforderlich. Wir leisteten Bergungsarbeiten, medizinische Versorgung und Seuchenprävention, organisierten die Wasseraufbereitung und sorgten für Nahrung, Kleidung und eine provisorische Unterkunft.

Das kirchliche Netzwerk ist in den Regionen gut aufgestellt – oft besser als andere Hilfsorganisationen. Wir unterstützen gemeinsam mit anderen Kirchen bereits seit Jahrzehnten den Aufbau eigener Kapazitäten und handlungsfähiger Strukturen.

Dadurch hatten wir nicht nur raschen Zugang zu den Menschen und Versorgungsgütern in der Region, sondern auch geschultes Personal und Logistik. Mit den lokalen Partnern und den Kirchen vor Ort sind einheimische Organisationen die handelnden Kräfte. Darum ist ihnen mit unserer Unterstützung die Hilfe auch da möglich, wo Regierungen sich gegen externe Helfer wehren.



Sri Lanka: Kleinbauern erhalten Lebensmittel von der Hilfsorganisation MONLAR



Indonesien: Kinder freuen sich über Süßigkeiten

Wie die Maßnahmen der Hilfe konkret aussehen, wird am Beispiel aus Pondicherry/Indien deutlich:

Die Sonne brennt auf den Platz vor dem Versammlungsgebäude von K.C. Kulam an der Küste des Indischen Ozeans. Zurzeit dient das Gebäude als Lager für Hilfsgüter. Heute verteilt der Partner der Diakonie Katastrophenhilfe, das Hilfswerk der indischen Kirchen (CASA), dort Plastikplanen an 200 Familien, die durch die gewaltige Flutwelle ihre Häuser und ihren Besitz verloren haben.

CASA-Mitarbeiter Poul Luther sorgt dafür, dass alles ruhig und geordnet abläuft. Im Tausch gegen eine hellblaue Pappkarte, auf der Name und Anschrift notiert sind, erhalten die Fischerfamilien eine Plane, mit der sie sich eine behelfsmäßige Unterkunft bauen können. In den nächsten Tagen werden hier und in zahlreichen anderen Dörfern an der 2.000 Kilometer langen Küste des indischen Bundesstaates Tamil Nadu Essensrationen, Decken, Schlafmatten, Handtücher und Kochgeschirr verteilt. Insgesamt sollen rund 50.000 Familien in Tamil Nadu, Andhra Pradesh und Kerala drei Monate lang versorgt werden.

„Wir kümmern uns um die ärmsten Familien“, sagt CASA-Projekt Koordinator M. Jebasingh Simeon. „Das sind Frauen, die sich und ihre Kinder alleine durchbringen müssen, Waisenkinder und Behinderte.“ Gemeinsam mit den Dorfältesten werden die Bedürftigsten identifiziert. Sie erhalten verschiedenfarbige Pappkarten, die sie zum Empfang von Lebensmitteln oder anderen Hilfsgütern berechtigen. „So sorgen wir dafür, dass niemand etwas doppelt bekommt und andere dafür leer ausgehen“, erklärt Simeon.

Die Diakonie Katastrophenhilfe konnte durch die überwältigende Spendenbereitschaft in den ersten drei Wochen nach der Flutwelle Hilfsgüter im Wert von über 14 Millionen Euro an die Betroffenen weitergeben.

Neben der materiellen Hilfe wurden in den Kirchen und Gemeinden Betreuungs- und Gesprächsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene durchgeführt. Alle Aktivitäten verfolgten ein Ziel – den Menschen körperlich und seelisch beizustehen.

Beim Diakonischen Werk der Braunschweiger Landeskirche gingen Spenden von Einzelpersonen, Kirchengemeinden, Initiativen und Firmen von 5 bis 16.000 Euro zur Sofort- und langfristigen Hilfe für die Flutopfer ein, so dass ein Betrag von über 140.000 Euro den Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt werden konnte. Möglich war dieses Spendenenergebnis zum einen durch die umfassende Berichterstattung in den Medien. Zum anderen

machte sich die Struktur der Katastrophenhilfe mit Ansprechpartnern in den Diakonischen Werken positiv bemerkbar. Die Meldungen aus der Stuttgarter Zentrale der Katastrophenhilfe oder den Partnerkirchen konnten zeitnah und zielgerichtet an die Kirchengemeinden, Firmen, Betriebsräte, Vereine, Verbände und Institutionen weitergeleitet werden. Regionale Ansprechpartner in Deutschland bilden das eine Standbein der Katastrophenhilfe. Sonderspendenprojekte, wie das „Hausbauprojekt“, können so gemeinsam geplant und durchgeführt werden.

Das zweite Standbein bilden die Partner in den Katastrophengebieten. Sie garantieren durch ihre Kenntnisse und ihre Erfahrungen den effektiven Einsatz der Gelder. Korruption, Verschwendung und Missmanagement sind ausgeschlossen, denn die Erfahrungen von Projektabwicklungen in der Vergangenheit konnten auch bei dieser Katastrophe genutzt werden. Es gehört zu den christlichen Grundprinzipien, dass jeder Mensch in Not die Hilfe bekommt, die er braucht – unabhängig vom Geschlecht, ethnischer, religiöser und kirchlicher Zugehörigkeit oder politischer Einstellung.

Wiederaufbau

Häuser für Fischer- und Landarbeiterfamilien in Südindien

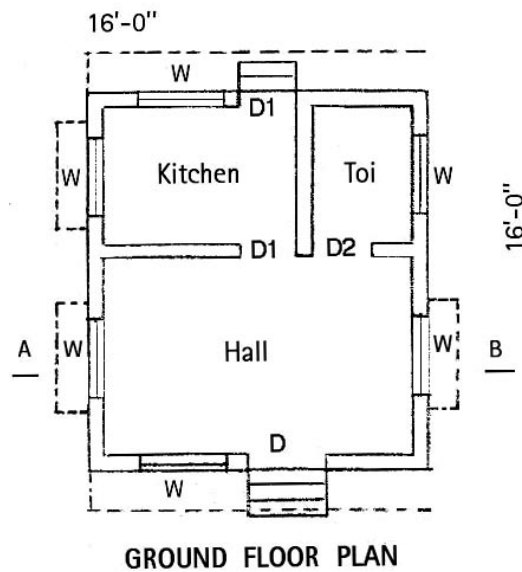
Dieses Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem Ev. – luth. Missionswerk in Niedersachsen (ELM) geplant und realisiert. Es steht stellvertretend für viele große und kleine Projekte, die nach der Soforthilfe den Wiederaufbau ermöglichen:

Errichtung einer Siedlung für Familien von Fischern in Oyyalikuppam (= Sadras, Landkreis Kalpakkam, ca. 70 km südlich von Chennai) mit zunächst 100, später weiteren 62 Häusern. In diesem Ort gibt es eine Kirchengemeinde, die die betroffenen Familien auch weiter betreuen kann.

Außerdem sollen zwei Siedlungen für Familien von Landarbeitern bei Tranquebar, 21 Häuser in Karan Theru und weitere 80 Häuser in Kesavanpalayam entstehen.



Ein Wohnhaus kostet ca. 2.000 Euro und gibt einer Familie von bis zu zehn Personen Unterkunft. Die Häuser haben eine Größe von 16 Fuß im Quadrat, was 4,80 Meter im Quadrat entspricht, insgesamt also 23 m².



Grundriss eines Hauses

Für die Baumaßnahmen gibt es zwei Modelle, zwischen denen das Koordinierungskomitee, das aus Vertretern der Vereinten Ev.-luth. Kirche Indiens und lokalen Behörden besteht, entscheiden wird. Es könnte ein Bauunternehmen mit den Gesamtaufgaben betraut werden. Besser wäre allerdings, nur die Rohmaterialien zu kaufen und – unter Aufsicht von Fachleuten – die Häuser durch Betroffene und andere Arbeiter errichten zu lassen.

Pastor Ponniah Manoharan, der selbst aus Indien stammt und zurzeit in Deutschland beim ELM tätig ist, wurde mit der Projektentwicklung betraut. Im März ist er bereits zu ersten Gesprächen nach Indien geflogen und hat mit den Verantwortlichen vor Ort die notwendigen Schritte eingeleitet.

Kontakte zur Braunschweiger Baugesellschaft „Wiederaufbau“ ermöglichten eine Spendensammlung für das „Häuserprojekt“.



v. li.: Werner Wedekin, Wiederaufbau, Dr. Lothar Stempin, DW, Christian Blümel, DRK

Die Baugesellschaft Wiederaufbau in Braunschweig bat anlässlich der Eröffnung der neuen Geschäftsräume um Spenden.

Fast 7.000 Euro sind bei den Gästen gesammelt worden. Die Summe wurde von der Baugesellschaft auf 14.000 Euro erhöht, so dass sieben Häuser in Indien wieder aufgebaut werden können.



v. li. : Michael Kaczmarek, Leiter Personalabteilung, Angela Walter, Betriebsrat, Gesellschaft für Biotechnologische Forschung

Die „Gesellschaft für Biotechnologische Forschung“ hat auf Initiative des Betriebsrates zu Spenden für das „Häuserprojekt“ aufgerufen. Mitarbeitende konnten Arbeitszeit spenden, die dann in einen Geldbetrag umgerechnet wurde. Die Bereitschaft der Hilfe war überwältigend, denn obwohl viele schon gespendet hatten, wurde auf die Auszahlung von 900 Stunden Arbeitszeit verzichtet. Vertreter von Betriebsrat und Personalabteilung konnten 16.000 Euro zur Verfügung stellen, so dass in Indien weitere acht Häuser gebaut werden können.

Langfristige Hilfe

Brot für die Welt, die Schwesterorganisation der Diakonie Katastrophenhilfe, plant mit den Projektpartnern vor Ort verschiedene Maßnahmen zur langfristigen Hilfe, wie zum Beispiel den Bau von Schutzräumen, die Sicherung der Trinkwasserversorgung oder die Wiederbeschaffung von Booten und Fischereiausrüstungen.

In Somalia wurde die ganze 3.330 Kilometer lange Küste von der Flutwelle erfasst. Hunderte von Dörfern wurden zerstört. Entlang der Ostküste sind vor allem die Regionen Mudug, Bari, Nugal, Galgadud, Middle und Lower Shabelle, Benadir sowie auch die Lower Juba Region betroffen. Über 50.000 Menschen sind unmittelbar von den Folgen der Flut betroffen.

Die Partnerorganisation Daryeel Bulsho Guud (DBG) ist derzeit damit befasst, ein gezieltes Programm zur nachhaltigen Rehabilitation und zur Förderung von Selbsthilfe zu erstellen. Dieses Programm sieht folgende Maßnahmen vor:

- Unterstützung von Einkommen schaffenden Maßnahmen in Kleingewerbe und Kleinhandel
- Verarbeitung und Verkauf von Agrarprodukten und Fisch
- Beratung und Ausstattung von Fischern
- Beratung und Unterstützung von Frauen, die Fische verarbeiten und vermarkten.

In diesem Zusammenhang ist für die Fischerfamilien oder Gruppen von Fischern die Beschaffung von Booten, Fischfangausrüstung und von Geräten zur Verarbeitung des Fangs vorgesehen. Da in Somalia Holz Mangelware ist, kommen für die Boote nur Ausführungen aus Glasfaserkunststoffen in Frage. Solche Boote kosten je nach Ausstattung zwischen 3.000 und 5.000 Euro. Fischernetze für die unterschiedlichen Fischarten können zurzeit für 250 bis 500 Euro gekauft werden.

Dieses langfristige Hilfsprojekt wurde allen Rotarier Clubs in Niedersachsen/Sachsen-Anhalt als Spendenprojekt empfohlen. Der Rotarier Club Braunschweig hat anlässlich seines 100-jährigen Jubiläums um Spenden gebeten und übernimmt so die Verantwortung für Menschen in Not, auch wenn die Flutwelle schon längst aus den Medien verschwunden ist.

Die kirchliche Not- und Entwicklungshilfe zeichnet sich durch diesen langen Atem aus. Uns ermutigt es in besonderer Weise, wenn Menschen sich anrühren lassen von der Not anderer und wenn dieses Angerührtsein im helfenden Handeln seinen Ausdruck findet, egal zu welchem Volk, Geschlecht und Glauben ein unserer Hilfe Bedürftiger gehört.

Im Namen der vielen Kinder, Jugendlichen, Frauen und Männer in Beslan, Haiti, Darfur, Südostasien oder Somalia, denen wir durch Ihre Hilfsbereitschaft helfen konnten und immer wieder können, danke ich ihnen.

Jürgen Lausch



Politik und Diakonie Gespräche sensibilisieren

Das Diakonische Werk Braunschweig versteht sich nicht allein als Mitgliederverband, sondern auch als Wohlfahrtsverband im Sinne eines sozialpolitischen Akteurs. Die Rückkopplung der sozialen Arbeit aus den Handlungsfeldern des Diakonischen Werkes in die Politik steht hier im Vordergrund.

Aus diesem Grund wurden vor rund zwei Jahren Gespräche mit den regionalen Abgeordneten in Bundes- und Landtag initiiert. Diakonisches Werk und Landeskirche laden gemeinsam zum einen die regionalen Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen des Landtages, zum anderen die Mitglieder des Bundestages aus der Region Braunschweig ein. Die Hintergrundgespräche über aktuelle sozialpolitische Fragestellungen mit den Vertreterinnen und Vertretern aus der Region dienen

der gegenseitigen Information und unterliegen beiderseitiger Vertraulichkeit.

Welchen Nutzen haben Sie als Abgeordnete des Bundes- bzw. Landtages bisher daraus ziehen können?

Frau Dr. Reimann:

Der Nutzen für meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete ist immens. Das große Fachwissen der Diakonie, das Detailwissen der Diakonie über die Sozialsysteme hat meine Arbeit vor allem im Gesundheitsausschuss bereichert. Außerdem ist es für die Arbeit der Bundestagsabgeordneten unerlässlich und wichtig, die Entscheidungsträger von Institutionen und Einrichtungen zu kennen, um so Bürgerinnen und Bürgern bei Fragen hilfreich zur Seite zu stehen.



Dr. Carola Reimann, MdB, SPD

Frau Mundlos:

Der regelmäßige Informationsaustausch führt auf beiden Seiten zu mehr Verständnis für die Arbeit und Sichtweise des Gesprächspartners. Das wiederum versachlicht die Diskussion und erleichtert zum einen die Zusammenarbeit generell, aber vor allem habe ich den Eindruck, dass es immer öfter gelingt, gemeinsame Problemlösungen zu erarbeiten zum Wohle Notleidender bzw. Betroffener.

Hat sich dadurch Ihre Kenntnis in Bezug auf Arbeitsfelder der Diakonie verändert? Wenn ja, inwiefern?

Frau Dr. Reimann:

Ja, ich muss gestehen, die immense Vielfalt der Diakoniarbeit war mir in diesem Umfang kein Begriff und ich bin sehr beeindruckt, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie leisten.

Frau Mundlos:

Ja. Die Arbeitsfelder sind vielschichtig und bei jedem Gespräch erweitert sich der Kenntnis-horizont.

Sehen Sie gesamtgesellschaftliche Problemlagen bedingt durch die Gespräche heute anders?

Frau Dr. Reimann:

Die gesamtgesellschaftlichen Problemlagen lassen sich leider nicht von heute auf morgen lösen, aber durch die zahlreichen Gespräche hat sicher eine Sensibilisierung für einzelne Problemfelder eingesetzt, die es jetzt auszubauen gilt.

Frau Mundlos:

Nicht unbedingt. Durch manches Gespräch fühle ich mich eher bestärkt und in meiner Sichtweise bestätigt.

Andere Gespräche wiederum bringen neue Aspekte, die aber insgesamt die christlich-soziale Herausforderung zum Handeln noch weiter unterstreicht.

Sollte Diakonie stärker politisch aktiv werden?

Sollte Diakonie sich beispielsweise stärker in die Kommunalpolitik einmischen?

Wenn ja, welche Vorschläge haben Sie in Bezug auf die Rahmenbedingungen dieser Aktivität und zu behandelnden Themen?

Frau Dr. Reimann:

Die Diakonie sollte die Kommunalpolitik immer auf Missstände aufmerksam machen. Sie muss eng mit den einzelnen Parteien zusammenarbeiten. Sie sollte auch den Kontakt zu sämtlichen anderen Institutionen und Einrichtungen in der Kommune aufnehmen.



Heidemarie Mundlos, MdL, CDU

Am allerwichtigsten ist das persönliche Gespräch mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern.

Frau Mundlos:

Was für Landtagsabgeordnete gut ist, sollte auch Kommunalpolitikern bei ihrer Arbeit hilfreich sein. Wobei ich auch hier vorschlagen würde, durchaus mit den Ratsfraktionen, aber auch bei lokal begrenzten Projekten mit den beteiligten Bezirksräten frühzeitig zu sprechen.

Vereinbart ist, dass es sich um Hintergrundgespräche handelt, die nicht unmittelbar zur Pressearbeit verwendet werden. Ermöglicht dieser Rahmen Gespräche, die unter anderen als den hier vereinbarten nicht möglich wären?



Frau Dr. Reimann:

Absolut. Es ist für uns Bundestagsabgeordnete sehr wichtig, zu wissen, dass nicht alles, was besprochen wird, sofort bei der Presse landet. Gerade durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Diakonie ist es möglich, auf „kleinem Dienstweg“ Probleme schon im Vorfeld zu lösen.

Frau Mundlos:
Ja.

Welche Entwicklung und Bedeutung sehen Sie für die Zukunft der Wohlfahrtsverbände?

Frau Dr. Reimann:

Die Wohlfahrtsverbände sind und bleiben ein wichtiger Bestandteil unseres Sozialwesens. Ihre Bedeutung wird angesichts der derzeitigen Probleme noch wachsen. Die Wohlfahrtsverbände sind darüber hinaus wichtige Schnittstellen zwischen ehrenamtlichem Engagement und professionellem Arbeiten. Wir brauchen Menschen, die sich für andere einsetzen und nicht nur an sich denken. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (ob hauptamtlich oder ehrenamtlich) sämtlicher Wohlfahrtsverbände für ihren Einsatz.

Frau Mundlos:

Wenn man sich mal vergegenwärtigt, wie und warum die Wohlfahrtsverbände entstanden sind, wird schnell klar, dass sich an der berechtigten Existenz „wenig“ geändert hat. Trotzdem glaube ich, dass jede Institution gefordert ist, sich und ihre Zielvorstellung und mögliche Wege zum Ziel zu hinterfragen, möglicherweise sogar „neu“ zu denken. Nur so können das christliche Menschenbild und der Glaube als Motor für die soziale Leistungsbereitschaft die Leistungsfähigkeit immer wieder aufs neue optimieren und zum Wohle der Menschen und für die Arbeit am Menschen eingesetzt werden. Das gilt, meiner persönlichen Meinung nach, nicht nur für die Diakonie oder Wohlfahrtsverbände, sondern muss auch Maßstab für Parteien, Gewerkschaften und sonstige Interessenverbände sein.

Das schriftliche Interview mit Dr. Carola Reimann, Bundestagsabgeordnete der SPD, sowie Heidemarie Mundlos, Landtagsabgeordnete der CDU, führte Heide Reininghaus.

Soziales Engagement aus privater Initiative **Förderung regionaler Diakonie**

In Zeiten zurückgehender öffentlicher Gelder steigt die Bedeutung von Stiftungen deutlich an.

Neue Stiftungen werden gegründet, bestehende werden insbesondere für anderweitig nicht zu finanzierende Projekte in Anspruch genommen. Neben den großen, bekannten – oft bundesweit tätigen – gibt es viele regionale Förderer. Die Zusammenarbeit ist hier oft weniger von umfangreichen Formularen als mehr durch ein kooperatives Miteinander geprägt.

Über den reinen Geldgeber hinaus entwickelt sich hier eine Zusammenarbeit, die auch vor inhaltlichen Fragen nicht halt machen muss. Dadurch entsteht eine förderliche Ebene der Kooperation, die gerade bei unge-

planten Veränderungen eines Projektes hilfreich sein kann.

Im Stadtgebiet von Braunschweig sowie der Umgebung fördert die Richard Borek Stiftung primär kulturelle Projekte, wie z. B. Museen, Denkmalpflege, Ausstellungen, Literatur, Musik.

Darüber hinaus werden seit 1997 auch soziale Projekte unterstützt. Neben der Arbeit mit von Trennung betroffenen Kindern, einem Nachbarschaftsprojekt sowie dem Bau und der laufenden Förderung des Kinder- und Jugendtreffs Bebelhof werden zahlreiche weitere Angebote finanziert.

Im sozialen Bereich liegt der Schwerpunkt der Förderung in Projekten der Kinder- und Jugendarbeit. „Gerade hier können wir etwas bewirken, bevor das Kind in den sprichwört-



Kennenlern-Fußballspiel der Hauptschulen Streitberg und Vokmarode



Kennenlern-Fußballturnier der Hauptschulen Streitberg und Volkmarode

lichen Brunnen gefallen ist. Wir brauchen nicht erst zu warten, bis Kinder und Jugendliche auf der Straße gelandet sind. Vieles kann aus den öffentlichen Kassen nicht länger finanziert werden, so dass großer Bedarf an privater Förderung besteht“, so Erika Borek.



Kennenlern-Fußballspiel der Hauptschulen Streitberg und Volkmarode

In der Vergangenheit hat die Stiftung beispielsweise die Unterstützung sozialpädagogischer Gruppenarbeit mit Aussiedlerfamilien durch das Diakonische Werk übernommen.

Seit Anfang 2003 werden drei Personalstellen in der Schulsozialarbeit in Trägerschaft des Diakonischen Werkes gefördert. Mit diesem Projekt konnte es gelingen, die Lücke zu schließen und alle Hauptschulen im Stadtgebiet von Braunschweig mit einem schulsozialarbeiterischen Angebot zu versorgen.

Von diesem Projekt wiederum gehen weitere Ansätze aus, beispielsweise einwöchiges freiwilliges Sozialpraktikum von Schülerinnen und Schülern der Hauptschulen („Crossover“) sowie die Zusammenarbeit mit dem DGB-Seniorenausschuss, um die Vermittlungschancen von Abgängerinnen und Abgängern der

Hauptschulen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verbessern („Schichtwechsel“).

Ein bedeutendes Projekt für Braunschweig plant die Richard Borek Stiftung derzeit in Kooperation mit einer Betriebsgesellschaft des Diakonischen Werkes: Ein stationäres Hospiz mit 15 Plätzen soll entstehen. Bereits seit rund 10 Jahren besteht die Absicht, die etablierte ambulante Hospizarbeit um ein stationäres Angebot zu erweitern. Trotz intensiver Bemühungen war es bisher jedoch nicht gelungen, ein passendes Objekt zu finden. Die Richard Borek Stiftung hat jetzt zugesagt, ein speziell für diesen Zweck geeignetes Haus zu errichten.

Der schriftliche Antrag geht ein, Mittel werden bewilligt und Rechenschaft über die sachgemäße Verwendung der Mittel wird abgelegt. So versteht sich die Richard Borek Stiftung gezielt nicht. Idealerweise möchte die Stiftung gemeinsam mit sozialen Einrichtungen Projekte realisieren, an deren Entwicklung sie beteiligt war oder diese sogar initiiert hat.

Diese Form der Kooperation mit Verbänden, wie dem Diakonischen Werk oder anderen sozialen Einrichtungen, führt wiederum zu einer Vernetzung der einzelnen, von der Richard Borek Stiftung geförderten Initiativen, die dann ggf. wieder Anregung geben können für weitere Ansätze.

Erika Borek beschreibt diese Herangehensweise anhand des Projektes Schulsozialarbeit:



Teilnehmende der Arbeitsgemeinschaft Nachbarschaftshilfe des Schulzentrums Volkmarode

“Anlässlich der Schulabgängerbefragung der Stadt Braunschweig wurde uns deutlich, wie groß die Anzahl der Jugendlichen ist, die insbesondere die Hauptschulen ohne Abschluss verlassen. Da bekannt ist, dass gerade diese Bevölkerungsgruppe massiv von Arbeitslosigkeit und ihren sozialen Folgen betroffen ist, wollten wir hier ansetzen. Das Diakonische Werk als Partner neben der Stadt Braunschweig war uns hier sehr wichtig.“

Dieses Selbstverständnis wirkt sich auch aus auf die Zeit nach Beendigung des Projektes. Sofern realistisch angestrebt wird, ein Projekt über die Zeit der Finanzierung hinaus fortzusetzen, beteiligt sich die Stiftung an den hierfür erforderlichen Planungen und Vorbereitungen und übernimmt damit auch über die Projektphase hinaus gesellschaftliche Verantwortung.

Heide Reininghaus



Diakonisches Werk

	Mitarbeitende
Geschäftsstelle	57
Kreisstellen mit Außenstelle	51
Diakonie gGmbH	135
Diakonzept gGmbH	5
Elisabethstift gGmbH	149
St. Georgshöhe gGmbH	58
Amalie Sieveking Haus gGmbH	58
Lukas-Werk Suchthilfe gGmbH	103
Summe	616

Stand: 31.12.04

Verwaltungsstelle Zivildienst

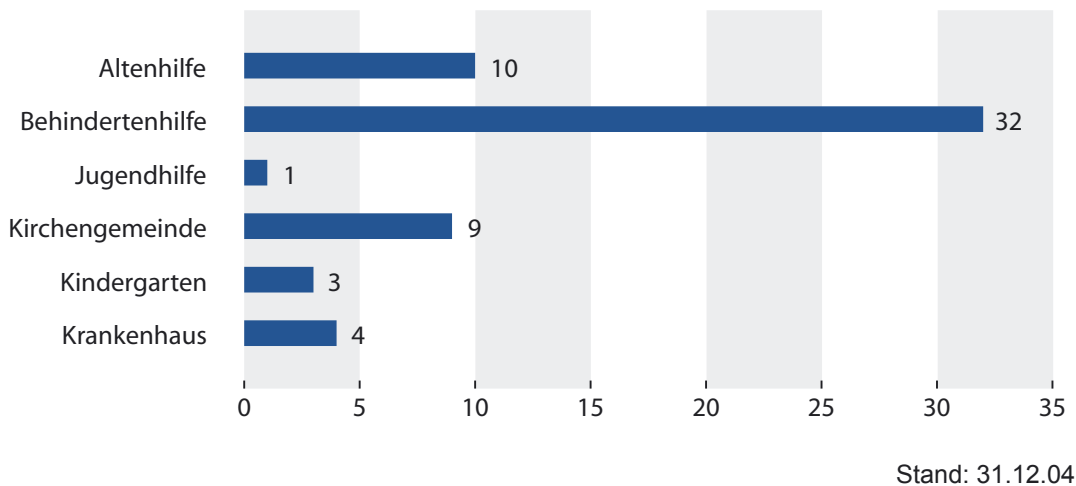
	Anzahl
anerkannte Einsatzstellen	88
belegbare Zivildienstplätze	321
Zivildienstleistende im Dienst	178

Art der Tätigkeiten

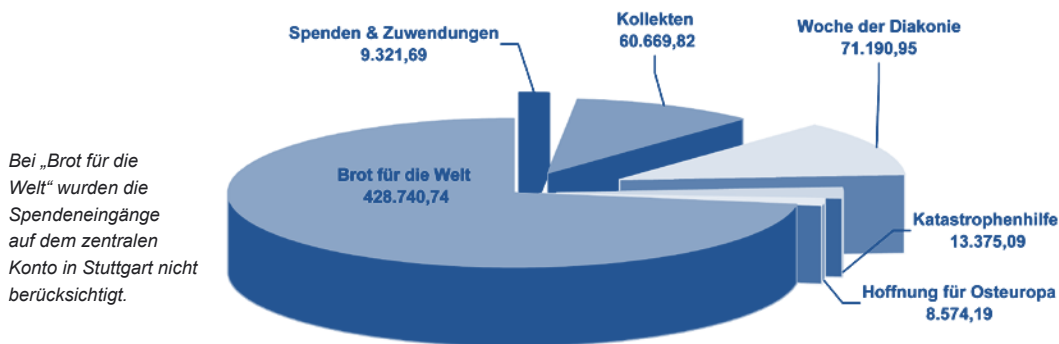
Betreuung und Pflege	105
handwerkliche Tätigkeiten	21
gärtnerische Tätigkeiten	4
Versorgungstätigkeiten	10
Kraffahrdienste	2
ambulante Hilfsdienste	13
sonstige	23
Zivildienstleistende im Dienst	178

Stand: 31.12.04

Freiwilliges Soziales Jahr



Spendeneingänge in 2004



Insgesamt wurden Gelder in Höhe von 591.872,48 Euro gespendet. 141.182,46 Euro (23,9 %) wurden bzw. werden vorrangig zur Förderung von Projekten im Bereich des Diakonischen Werkes Braunschweig eingesetzt. Hierbei handelt es sich um Gelder aus Spenden und Zuwendungen, Kollekten und der Woche der Diakonie.

Der Großteil der Spenden in Höhe von 450.690,02 Euro (76,1 %) wird im Rahmen der ökumenischen Diakonie - Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe, Hoffnung für Osteuropa - für weltweite Projekte verwandt. (Stand 15.03.2005)

